

Nebraska Staats-Anzeiger und Herald.
Erscheint jeden Donnerstag.
Gesamtverleger von der ANZEIGER-HEROLD PUB. CO.
Incorporated at the Post Office at Grand Island as second class matter.
Office: 109 S. Walnut Straße
Telefon No. 1810
Abonnements-Preise:
Bei Vorauszahlung, pro Jahr \$1.75
Nach Europa 2.75
Nach Kanada 2.25



Donnerstag, den 16. August 1917.

La Follette verlangt Befanztgabe der Kriegsziele.

Aus Washington: Bundes Senator La Follette hat im Senat einen Kampf begonnen, um die Bewegung für die Herstellung eines Weltfriedens in Fluss zu bringen. Er reichte eine Resolution ein, in welcher die Alliierten aufgefordert werden, ihre Friedensbedingungen bekannt zu geben. Wenn es Administrationsführern nicht gelingen sollte, diese Resolution im Comité zu begraben, dann kann man sich auf eine der aufsehenerregendsten Debatten gefasst machen, die in Verbindung mit diesem Kriege im Senat stattgefunden haben. Aus allen Erklärungen der verschiedenen kriegführenden Länder hinsichtlich eines Friedens geht hervor, daß man willens ist, die Doktrin eines Friedens ohne Sieg, wie sie der Präsident im Januar zum Ausdruck brachte, zu beherzigen. Es heißt, daß wir den Krieg fortsetzen werden, bis ein Friede erlangt wird, durch welchen die Alliierten oder etliche von ihnen Geldentschädigungen und Länderzuwachs erhalten. Die Bevölkerung dieses Landes ist von den Bedingungen dieses Geheimvertrages unter der Alliierten und über die Kriegsziele nicht unterrichtet. Aber das Volk der Ver. Staaten will wissen, warum schon im ersten Kriegsjahre zwischen 13 und 17 Milliarden Dollars ausgemorfen und wahrscheinlich 2,000,000 Mann aufgegeben werden sollen, offenbar in der Absicht, Kriegsdienst im Auslande zu thun. Das Volk hat ein Recht, zu wissen, wofür das Blut von Amerikanern vergossen werden soll. Der Kongreß ist dafür verantwortlich. Der Kongreß, dem die Macht über Krieg und Frieden anvertraut ist, muß auch über die Kriegsziele der Nation unterrichtet sein. Deshalb erklärt hiermit der Kongreß, daß die Ver. Staaten nicht ihre Hand dazu reichen werden, um den Krieg aus bloßer Eroberungssucht der Alliierten zu verlängern, sei es nun in Europa oder außerhalb Europas. La Follette verlangt dann die Befanztgabe der Friedensbedingungen der Ver. Staaten. Die Resolution soll noch im Laufe dieser Woche zur Debatte kommen.

Senator Hitchcock gegen einen Separatfrieden.

Aus Washington: Bundes Senator Hitchcock von Nebraska äußerte sich folgenmaßen über die Lage der Dinge: „Ich sympathisiere mit denen, die einen baldigen Frieden erbitten; allein ich fürchte, daß das einzige Mittel, Frieden zu erzielen, das ist, die Vorbereitungen fortzusetzen, bis die deutsche Regierung die „wahre Situation“ erkennt. Wenn die deutsche Regierung Amerikas militärische Stärke erkennt, dürfte sie vernünftlich viel eher bereit sein, vernünftige Friedensbedingungen in Betracht zu ziehen. Amerika darf keinen Schritt thun, der als Beweis für Schwäche oder Zögern ausgelegt werden könnte. Das würde den Krieg nur verlängern. Eine Agitation für einen amerikanischen Separatfrieden könnte Deutschland zu dem Schluß führen, daß Amerika schwächer wird, und das würde den Tag hinauschieben, an dem Deutschland vernünftige Bedingungen annehmen wird.“

Die Deutschen machten ungeheure Kriegsbente.

Aus Amsterdam: Während des Krieges haben die Deutschen bis zum 26. Juli 12,156 Geschütze, 1,655,000 Gewehre, 8952 Maschinengewehre, 2298 Aeroplane, 186 Jettballons und drei Luftschiffe erbeutet.

Befanztgabe der Kriegsziele im Kongreß gefordert.

Aus Washington: John M. Baer von Nord-Dakota, das jüngste Kongreßmitglied, sagte vor dem Kongreß vor einigen Tagen Folgendes: „Meine Wähler sind gemeinsam mit dem Volke des ganzen Landes bereit, Blut und Schätze ohne Maß herzugeben, um unser Land zu verteidigen und zu erhalten. Patriotismus aber kann in einem Kriege zur Zerstörung der deutschen Autokratie nicht dadurch angefaßt werden, daß die Demokratie in Amerika selbst unterdrückt wird. Der Kongreß hat bereits die Leben der Männer unseres Volkes verbürgt, und das, ohne sie erst um ihre Einwilligung zu fragen, weigert sich aber noch immer, Privatvermögen zu konfiszieren, um die Kosten des Krieges decken zu helfen. Auf der einen Seite die Männer zu konfiszieren, und auf der anderen monopolistischen Korporationen zu gestatten, von dem Elend der ganzen Welt zu profitieren, ist widerswärtig und gegen alle amerikanischen Ideale von Freiheit und Gerechtigkeit. Es ist eine monströse Ungerechtigkeit, von den Ueberlebenden der blutigen Schlachten zu verlangen, daß sie nach ihrer Rückkehr auch noch die geldlichen Kosten des Krieges tragen sollen. Es ist ebenso ungerrecht, Robbvermögen zu gestatten, daß sie sich ohne jede Einschränkung gegen die Konfiszierung des Kapitals wehren, während es auf der anderen Seite zu einem Verbrechen gestempelt wird, wenn eine Mutter sich gegen die Einziehung ihres Sohnes wehrt. Der Präsident selbst sagt, daß bald Hunderttausende unserer jungen, kräftigen Männer ausgeschiedt werden, sich zu opfern, unter der Flagge zu sterben. Aber wofür? Er erklärt, daß deutsche Volk sei genau so friedliebend wie das unsere und das wir friedliche Ziele im Auge haben. Warum dann die Millionen amerikanischen Männer auf den Schlachtfeldern aufopfern? Beide Völker können sich auf Friedensbedingungen einigen, wenn deren Regierungen es wünschen wollen. In unserem Lande steht die National Konpartisan Liga dafür ein, daß unsere Regierung spezifische Erklärungen über ihre Friedensbedingungen abgeben soll, damit das Volk wisse, daß das Ideal, für welches wir in den Krieg eingriffen, ein Ausbruch wahren Amerikanertums ist. Den Krieg fortzusetzen, wenn die Völker der Staaten, die in den Krieg verwickelt sind, ein Uebereinkommen erzielt haben, ist ein internationales Verbrechen. Während wir auf der einen Seite kämpfen, um den deutschen Imperialismus zu vernichten, sollen wir auf der anderen dafür kämpfen, britischen Imperialismus zu erhalten? Schon heute hält England als direktes Ergebnis des Krieges eine Million Quadratmeilen afrikanischen Gebietes. Und England hat verkündet, seinen Salt auf diese Gebiete nicht aufzugeben. Präsident Wilson sagt, daß wir mit den Zielen unserer Alliierten einverstanden sind, und daß sie mit den unseren einverstanden sind. Wenn das wahr ist, kämpfen wir da nicht für Imperialismus und nicht für Demokratie? Dieweil wir gegen den deutschen Imperialismus einen gerechten Krieg führen, sollten wir britischen Imperialismus hochhalten? Laßt uns diese Frage vor die Augen der ganzen Welt zerren und sie vor der Schranke des Weltgerichts ein für alle Mal entscheiden. Wenn das deutsche Volk und die deutsche Regierung heute bereit sind, den Krieg auf Grund der Bedingungen unserer Regierung zu beenden, dann sollten wir den Krieg nicht länger fortsetzen. Wir können den Gedanken nicht ertragen, daß wir unsere jungen, starken Männer nach Europa schicken, damit sie sich in den Schützengräben verbluten, nicht für Demokratie, sondern für Imperialismus, wenn nicht die Dinge, für die wir kämpfen, ausdrücklich spezifiziert werden. Dürfen wir die jungen Männer, die Blüthe der Nation, die ausgehen, um in fernem Ländern zu sterben, die Gründe, für welche sie ihr Herzblut hergeben, vorhalten? Heute weiß unser Volk nichts davon, welche Anforderungen wir stellen oder welche Vergütungen das deutsche Volk zu geben hat, um die freundschaftlichen Beziehungen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, wieder herzustellen. Die Ausübung der geheimen Diplomatie, die absolut gegen die Prinzipien der Demokratie verstößt, hält uns in Unwissenheit.“

Freiung vom Militäre nicht leicht.

Aus Washington: Frauen, die vor ihrer Heirat in Geschäften und Fabriken beschäftigt waren, sollten wieder Beschäftigung in den verschiedenen Industriezweigen suchen und ihren Männern Gelegenheit geben, im Heere zu dienen. Diese Ansicht vertritt sich in offiziellen Kreisen geltend. Ein Mann soll nicht vom Militärdienst befreit werden, wenn die Frau „ziemlich hinlängliche Unterstützung“ erhält. Eine Frau mit Kindern, welche dieselben nicht ernähren kann, kann ihren Mann vom Militärdienst befreien. Die Rekruten haben die Uniformen wahrscheinlich noch nicht fertig sein werden. Man rechnet hier, daß die Rekruten bis zum 1. Oktober 1918 genügend ausgebildet sein werden.

Die Proletariat unseres Staates und dieses Gemeinwesens

hängen direkt von dem Fortschritt ab, den wir in der Fabrikation und der Landwirtschaft machen. Und mehr noch. Unsere große Verantwortunglichkeit im Weltkrieg, der uns gebietet, alle alliierten Nationen zu ernähren und zu kleiden, zu Hause sowie in den Schützengräben, macht den Fortschritt zur Nothwendigkeit. Um dem Staat und der Nation in ihrem Kampfe beizustehen, vereinigt unsere große Nebraska Staatsfair sämtliche Arten der hervorragendsten Maschinen und Apparate, die neuesten Modelle von Farm-Maschinerie, Ausstellung der besten Früchte, Gemüse und Getreidearten, die dem Staate wachsen, und prächtige Ausstellungen von Frauen- und Kinderarbeit — um nur die wissenschaftlichsten Produktions-Methoden zu simulieren. So vorzüglich ist dies gethan worden, daß die Nebraska Staats-Fair verdient, den größten Besuch zu erhalten, den sie je gehabt hat. Dieferehalb ist es Jedermanns Pflicht, die Fair zu besuchen.

Müssen Opfer bringen.

Nahrungsmittel-Direktor Hoover, der eine größere Macht über die Geschäftszweige des Landes ausübt als je jemals einem Einzelnen von der Bundesregierung übertragen und anvertraut worden ist, erklärte, daß es die Pflicht der Ver. Staaten sei, die Alliierten im Ueberflusse mit Nahrungsmitteln zu versehen, und dringt darauf, daß sich die amerikanische Bevölkerung in ihrem Verbrauch besonders einschränke.

Deutscher Zeitungsbesitzer von Bundesbeamten verhaftet.

Aus St. Paul, Minn.: Dr. Fritz Bergmeier, Präsident der St. Paul Volkszeitung Co., wurde vor einigen Tagen auf Befehl des Präsidenten Wilson verhaftet. Er soll „durch Anspielungen amerikanische Kriegsmassnahmen verleumdet haben“, wie es in der Anklage heißt.

Schweiz requiriert alles Getreide.

Aus Bern: Die Schweizer Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach die ganze Getreideernte mit Ausnahme der für den persönlichen Bedarf der Produzenten und für Saatwecke benötigten Menge von ihr requiriert wird.

Friede und Widerruf von Draft verlangt.

Aus Washington: Zum ersten Male seit Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg wurde vor einigen Tagen das direkte Eruchen an die Regierung gestellt, jede Gelegenheit zu ergreifen, Frieden zu schließen, und außerdem das Gesetz für Zwangs-Aushebung als unkonstitutionell zu widerrufen. Prominente Personen u. Friedensfreunde hielten eine diesbezügliche Versammlung ab, der auch die Senatoren Gronna, Hitchcock, Kirby, Fletcher und Johnson sowie verschiedene Kongreßleute beizuhören. Folgende Forderungen wurden formuliert: Ein möglichst baldiger, demokratischer und allgemeiner Friede auf Grund der Prinzipien, die von dem freien Auslande ausgesprochen worden sind. Keine zwangsweisen Anzeigungen und strafenden Kriegsentschädigungen, freie Entwicklung für alle Völker, internationale Organisation für Erhaltung des Weltfriedens; Rede- und Pressfreiheit; Referendum über Krieg und Frieden und Aufhebung des Konfiszierungsgesetzes.

General Castro prophezeit den Ver. Staaten Kriegsende mit Schrecken.

Aus Vera Cruz, Mexico: General Castro, der frühere Präsident der Republik Veneguella, der hier angekommen ist, erklärte: „Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Ver. Staaten gar manche Reaktionen kleiner Staaten und Nationen zu begehren haben. Nach diesem großen Kriege werden die Ver. Staaten sehr schwach sein.“

Thaten dem Volke eine Schmach an.

Aus San Francisco: Unter der Anklage des Widerstandes gegen das Aushebungsgesetz wurde hier Rechtsanwalt Daniel O'Connell von Bundesgeheim-Agenten verhaftet, während er in einer Friedensversammlung eine Rede hielt. Viele der Anwesenden züchteten die Bundesbeamten aus und der frühere Bundes Senator Bork forderte die Ver. Staaten auf, die Verhaftung zu beenden. „Diese Verhaftung bedeutet eine dem amerikanischen Volke zugefügte Schmach. Sie wurde zur Einschüchterung des denkenden Volkes vorgenommen.“

Liberia erklärt Deutschland den Krieg

Aus Washington: Die Republik Liberia hat nun ebenfalls eine Kriegserklärung gegen Deutschland erlassen. Die dortigen deutschen Kaufleute werden interniert und die in den dortigen Häfen liegenden Schiffe interniert.

Sozialistische Zeitung gemahregelt.

Aus Chicago: Der „American Socialist“, die offizielle wöchentliche Publikation der nationalen sozialistischen Partei, darf unter der Zeitungszensur nicht mehr durch die Post verhandelt werden.

Die New York World, deren Beziehungen zum Weissen Hause bekannt sind, bezeichnet die Sach-Campagne gegen die in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen des Landes als eine Ungerechtigkeits- und verurtheilt sie bedingungslos.

Auch sie spricht in dieser Verbindung von den verderblichen Einflüssen, die der Präsident vor kurzem gebrandmarkt hat. Das sind die Einflüsse, hinter welchen Rassenhaß, Unwissenheit und Gefühlsgeleit als treibende Kräfte stehen, und die eine schwere Gefahr nicht bloß für den inneren Frieden des Landes, sondern auch für seine demokratischen Institutionen sind.

In Japan sind 180 Dampfer im Bau begriffen. Die Gelben gewinnen den Krieg, ohne ihr Blut zu opfern.

Maximilian Harden soll in die Uniform gesteckt worden sein. Es wäre schade, wenn es wahr wäre. Um die Uniform!

Mit der Revolution in Sachsen ist es also nicht. Die Sachsen sind eben doch heller, als man in Amsterdam und Kopenhagen glaubt hat.

Gesetzmäßigkeit des Truppentransports nach Europa angefochten.

Aus Washington: Ehe die jetzt ausgehobene Armee nach Europa geschickt wird, wird das Bundesobergericht aufgefordert werden, seine Ansicht über die Gesetzmäßigkeit unter der Konstitution, sie über See zu senden, abzugeben. Falls das Gericht entscheidet, daß eine solche Handlungsweise unkonstitutionell ist, wird die eingezogene Armee hier behalten werden und die Kriegführung in Europa würde der regulären Armee und von solchen Leuten, die sich freiwillig dazu melden, obliegen. Der Versuch, über die Verfassungsmäßigkeit der Verwendung der Truppen nach Europa eine Entscheidung zu erlangen, wird in verschiedenen Landesstellen durch angelegte Prozesse gemacht werden. Es werden Versuche gemacht werden, durch Einhaltsbefehle den Transport der Miliz nach den fremden Ländern zu verhindern.

Enffragetten helfen „Kaiser Wilson“ fahren.

Aus Washington: Eine Suffragette entfaltete vor einigen Tagen vor dem Thore des Weissen Hauses ein Banner mit der folgenden Aufschrift: „Kaiser Wilson, haben Sie Ihr Mittel mit den armen Deutschen verloren, weil sie keine Selbstregierung haben? Aber auch zwanzig Millionen amerikanischer Frauen regieren sich nicht selbst. Entfernen Sie den Balken aus Ihrem eigenen Auge!“

General Castro prophezeit den Ver. Staaten Kriegsende mit Schrecken.

Aus Vera Cruz, Mexico: General Castro, der frühere Präsident der Republik Veneguella, der hier angekommen ist, erklärte: „Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Ver. Staaten gar manche Reaktionen kleiner Staaten und Nationen zu begehren haben. Nach diesem großen Kriege werden die Ver. Staaten sehr schwach sein.“

Thaten dem Volke eine Schmach an.

Aus San Francisco: Unter der Anklage des Widerstandes gegen das Aushebungsgesetz wurde hier Rechtsanwalt Daniel O'Connell von Bundesgeheim-Agenten verhaftet, während er in einer Friedensversammlung eine Rede hielt. Viele der Anwesenden züchteten die Bundesbeamten aus und der frühere Bundes Senator Bork forderte die Ver. Staaten auf, die Verhaftung zu beenden. „Diese Verhaftung bedeutet eine dem amerikanischen Volke zugefügte Schmach. Sie wurde zur Einschüchterung des denkenden Volkes vorgenommen.“

Liberia erklärt Deutschland den Krieg

Aus Washington: Die Republik Liberia hat nun ebenfalls eine Kriegserklärung gegen Deutschland erlassen. Die dortigen deutschen Kaufleute werden interniert und die in den dortigen Häfen liegenden Schiffe interniert.

Sozialistische Zeitung gemahregelt.

Aus Chicago: Der „American Socialist“, die offizielle wöchentliche Publikation der nationalen sozialistischen Partei, darf unter der Zeitungszensur nicht mehr durch die Post verhandelt werden.

Die New York World, deren Beziehungen zum Weissen Hause bekannt sind, bezeichnet die Sach-Campagne gegen die in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen des Landes als eine Ungerechtigkeits- und verurtheilt sie bedingungslos.

Auch sie spricht in dieser Verbindung von den verderblichen Einflüssen, die der Präsident vor kurzem gebrandmarkt hat. Das sind die Einflüsse, hinter welchen Rassenhaß, Unwissenheit und Gefühlsgeleit als treibende Kräfte stehen, und die eine schwere Gefahr nicht bloß für den inneren Frieden des Landes, sondern auch für seine demokratischen Institutionen sind.

In Japan sind 180 Dampfer im Bau begriffen. Die Gelben gewinnen den Krieg, ohne ihr Blut zu opfern.

Maximilian Harden soll in die Uniform gesteckt worden sein. Es wäre schade, wenn es wahr wäre. Um die Uniform!

Mit der Revolution in Sachsen ist es also nicht. Die Sachsen sind eben doch heller, als man in Amsterdam und Kopenhagen glaubt hat.

Col. Roosevelt wettert gegen deutsche Presse.

Aus New York: Roosevelt erklärte hier in einer Versammlung, daß gewisse Senatoren, Abgeordnete und Zeitungsredakteure heute dieselbe Stellung einnehmen, wie im Bürgerkriege die sogenannten Cooperheads. Er verlangte die Unterdrückung der hierzulande in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen und die Deportation der Halbamerikaner. Er sagte, daß die Ver. Staaten den Krieg so lange fortsetzen sollten, bis Deutschland niedergebungen ist, was auch die übrigen Nationen, die sich mit Deutschland im Kriege befinden, thun mögen.

In Verbindung damit sei erwähnt, daß Bundes Senator King von Utah im Senat zwei Resolutionen einreichte, laut welchen eine Kritik des Präsidenten oder der Kriegspolitik der Regierung seitens fremdsprachiger Zeitungen bei hoher Strafe unterliegt wird. Deutsche Zeitungen müssen von allen Artikeln eine englische Uebersetzung bringen. Die andere Resolution sieht die Ungültigkeitserklärung der Bürgerpapiere und Deportation irgend einer Person vor, welche in Wort und Schrift in fremder Sprache den Präsidenten oder die Regierung kritisiert.

Papst verurtheilt, den Frieden herzustellen.

Aus Rom: Papst Benedikt hat am Dienstag dieser Woche den kriegführenden Mächten wiederum Friedensvorschlüge gemacht. Während der letzten zwei Jahre hat der Papst verschiedentlich den kriegführenden Mächten Friedensvorschlüge gemacht; sie alle aber waren im Allgemeinen Ton gehalten und appellierten an die ganze Christenheit, einen Weg zu finden, den Frieden herzustellen. Auch in diesem Falle hat er kein spezielles Friedensprogramm entwickelt. Der Papst soll den Vorschlag gemacht haben, die Unabhängigkeit Belgiens, Serbiens und Rumaniens wieder herzustellen und eine friedliche Lösung der elaf-lothringischen, der Triester und polnischen Frage zu schaffen, doch ist zu bezweifeln, ob der Papst einen solchen Vorschlag gemacht hat. In Washington beipflichtet man diese neueste Kundgebung aus dem Vatikan, aber alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Washington auf der Fortsetzung des Krieges beharrt. Ferner erklärt der Papst, daß Deutschland seine Kolonien in Afrika wieder zurückhalten solle. Es soll also der „Status Quo“ vor dem Kriege herrschen.

Weizenerte soll einbezogen werden.

Aus Washington: Nahrungsmittel-direktor Hoover hat die Weizenbarone in Kenntniß gesetzt, daß er das Nahrungsmittelkontroll-Gesetz dem Buchstaben nach durchzuführen werde, und daß sich die Regierung mit dem Gedanken trage, die ganze diesjährige Weizenerte, nahezu 60,000,000 Bushel, aufzukaufen, sollte es nöthig sein, Probugeten und Konsumenten zu beschützen. Alle Besitzer von Getreidebehältern und Mühlen, sowie Getreidehändler und Händler werden am 1. September von Hoover aufgefordert werden, ihre Profite zu beschneiden.

Alliierte verlieren im Juli 213 Aeroplane.

Aus Berlin: Im Monat Juli haben die Alliierten 213 Aeroplane und 34 Jettballons eingeküßt. Die Deutschen verloren 60 Flugzeuge.

Der im westlichen Merriod County wohnhafte Farmer Jacob Pahl ist am Sonntag Morgen nach einer Krankheit von etwa zwei Wochen an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Er wurde am 26. August 1867 in Schleswig-Holstein geboren und kam im Alter von 14 Jahren mit seinen Eltern nach Amerika. Nach Nebraska kam er vor ungefähr 30 Jahren und bewirtschaftete zuerst eine Farm am Prairie Creek, nördlich von hier, aber während der letzten dreizehn Jahre bewirtschaftete er eine Farm bei Redwood, etwa sieben Meilen nordöstlich von hier. Außer seiner Wittve hinterläßt er zehn Kinder, während zwei andere ihm im Tode vorangingen. Acht der Kinder befinden sich noch im väterlichen Heim. Außerdem hinterläßt er einen Bruder Claus sowie andere Verwandte. Der Verstorbene war ein Mitglied des Plattdeutschen Vereins sowie der Hermannsöhne, unter deren Auspicien das Begräbniß gestern vom Trauerhause aus stattfand.

Diese Bank

befand sich nie in einem mehr prosperirenden Zustande wie jetzt. Dies haben wir der liberalen Patronage unserer großen Kundschaft zu verdanken. Es ist unser Bestreben, die besten Dienste zu leisten, wie sie in unseren Kräften stehen, und nach dem stetigen Fortschritt zu urtheilen hinsichtlich der Zahl unserer Depositen, gelangen wir zu dem Glauben, daß unsere Bemühungen gewürdigt werden. Wenn unser Bankdienst für unsere Kundschaft zufriedenstellend ist, würde dasselbe für Sie nicht dasselbe sein? Ihr Geld ist hier geschützt durch den Depositen - Garantie - Fond des Staates Nebraska. 4 Prozent Zinsen werden auf Zeit- und Spar-Depositen bezahlt.

4 Prozent Zinsen auf Zeit- und Spar-Depositen.

COMMERCIAL STATE BANK

Elmer Williams, Präf. C. S. Mend, Vice-Präf. u. Kassirer. A. A. Koefer, Hilfs-Kassirer.

Forni's Alpenkräuter

ist ein Heilmittel von anerkanntem Werth. Es ist ganz verschieden von allen anderen Heilmitteln. Es mag wohl nachgeschmeckt werden, aber Nichts kann ihn ersetzen.

Er reinigt das Blut. Er regulirt den Magen. Er wirkt auf die Nieren. Er nährt, stärkt und belebt.

Es befeuert die Verdauung. Er wirkt auf die Leber. Er beruhigt das Nervensystem.

Nur gefaßt, er ist ein Heilmittel im wahren Sinne des Wortes, und sollte in jedem Haushalt vorkommen sein. Ist nicht in Apotheken zu haben, sondern wird dem Publikum durch Special-Agenten direkt geliefert. Wenn Ihnen kein Agent bekannt ist, dann schreiben Sie an die allseitigen Heilmittel- und Eigenhäuser.

DR. PETER FAHRNEY & SONS CO.
19-25 So. Hoysne Ave., CHICAGO, ILL.

— Dr. Fahrney's Medizin in Mend's Laden zum Verkauf, 123 bis 124 westl. 4. Straße. Louise Spangenberg, Agent.

Eine verschiedenartige Liste von Sommer-Touren

Glacier — Der Climax der wilden Grohartzigkeit der Felsengebirge — ein ideales Ferienland.

Yellowstone — Das Land der Geysir, malerischer Schluchten, Wälder sowie Wasserfälle, via den Cody Ray in Automobilen, — das szenariereiche Abenteuer des Sommers.

Stes-Parl — Colorados schönste Ferienland, durch Automobile von Loveland oder Lyons. Burlington-Bahndienst offerirt beide Routen.

Die Schwarzen Berge — Bitterroot und Kibbi; das Land wohlriechender Pinien und medizinischer Wasser, kühler Nächte, Forellen-Strömen und Automobil-Fahrwegen.

Die Big Horns — Die westlichen Arondads; Lokalität prächtiger Gebirgs-Ranches.

Die Abharofas — Sind zu erreichen via die romantische Cody Road nach Yellowstone. Großes Bild-Land und Lokalität splendider Touristen-Ranches.

Schreibt um die Publikationen: „Glacier“, „Yellowstone“, „Stes-Parl“, „Scenic Colorado“, Ranch Life in the Buffalo Bill Country“, „Dude Ranches, Big Horn Mountains“, „The Black Hills“. Lassen Sie uns Ihnen helfen, Ihre Ferienreise in einer dieser attraktiven Lokalitäten zu planen.

THOS. CONNOR, Ticket Agent, C. B. & Q.
L. W. WAKELEY, GENERAL PASSENGER AGENT
1004 Farnam Strasse, Omaha, Neb. Burlington Route

Frei! Frei!

Eine Sparbank

Zu einer Zeit, wenn die Zustände günstig sind, wenn Sie mehr Geld haben und nicht so viele Pläne für dasselbe haben, geben Sie auch einen Bankkonto zu haben.

Viele Andere hatten dieselben Gedanken — Es giebt nun eine richtige Zeit, einen Anfang zu machen — das ist jetzt.

Wir kaufen eine geringe Anzahl dieser Sparbanken, die mit einem Spartonto gebraucht werden. Beginnt heute und wir werden Euch sparen helfen.

Nebraska State Bank

A. C. Cady, Jr., Präsident. A. J. Guendel, Kassirer.

Eine konservative Bank für konservative Leute